

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gelbaltene Zeile 100 Pfg., non auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-gelbaltene Anzeigen 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3280.

Nr. 94

Donnerstag, den 22. April 1920

11. Jahrgang

Danzigs Not vor der Nationalversammlung.

Einheit in Grundfaktore.

Während man Preise für politische Aufklärungsfilms auslegt, bleibt doch Erfahrung der beste politische Lehrmeister. Wohin die Uneinigkeit der Arbeiterkraft führt, konnte niemand besser demonstrieren als der Kapp-Putsch, was die Arbeiter durch Einigkeit zu leisten imstande sind, zeigte niemand besser als der Generalstreik. Was aber daraus wird, wenn man den Boden einer realen Arbeiterpolitik verläßt und wieder in Uneinigkeit zurück verfällt, das hat in grauenhafter Weise das Ruhrrevier bewiesen. Fassen wir diese dreifache Erfahrung zusammen, so ergibt sich daraus die Lehre: Einigkeit um jeden Preis, nur nicht um den Preis unserer sozialdemokratischen Grundzüge!

Was uns von den Unabhängigen trennt, ist nicht der Umstand, daß sie eine ausgesprochene Oppositionspartei sind, während wir uns in Deutschland immer noch plagen, um mit der Koalition den verfahrenen Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das sind taktische Konstellationen, die sich mit jedem Tage ändern können. Gäbe es nur zwei Flügel der Sozialdemokratie, einen oppositionellen und einen gouvernementalen, so könnten beide in steter Fühlung miteinander bleiben und sich eines Tages schnell wieder zusammenfinden. Leider steht aber die Sache nicht so, denn die Unabhängigen haben nicht nur eine andere Taktik als wir, sondern sie haben den festen Boden des sozialdemokratischen Programms verlassen und sich in den

Sumpf der neuesten kommunistischen Heilslehre

begeben. Und was daher kommt, hat man im Ruhrrevier erlebt! Jetzt wieder wie nordem zu Spartakuszeiten in Berlin, München, Bremen, Braunschweig usw., auf deutsch gesagt eine maßlose Schweinerei, aus der dann der Militarismus mit den billigen Vorbeeren eines Vaterlandspeters hervorgeht.

Die Unabhängigen haben nun niemals samt und sonders den Überglauben von der Rätediktatur geteilt. Keiner hat ihn wirkungsvoller bekämpft als Karl Kautsky, der äußerlich noch immer der unabhängigen Partei angehört, obwohl die „Kisten“ seiner Partei von ihm lagen, er sei „genau so schlamm wie Bauer und Noske.“ Das Gros der Partei ist aber aus ängstlicher Rücksichtnahme auf angebliche Massenstimmungen dem Rätedschwindel meilenweit nachgelaufen, die kramphafte Sucht, sich auf alle Fälle und in jeder Beziehung von der alten Partei zu unterscheiden, hat in Leipzig zur Aufstellung eines Programms geführt, über das jeder vernünftige Mensch die Hände über dem Kopf zusammenschlägt und das von politisch gebildeten Unabhängigen auch ernst genommen wird.

Die innere Unklarheit und Zerrissenheit

Die unabhängige Partei führte während der Kapp-Revolution die erstaunlichsten Erscheinungen. Auf der einen Seite bemühte man sich nach der Niederwerfung des Militärputsches rechtlich die Ruhe wiederherzustellen, deren man so nötig bedurfte, um die Verfassung der Reichsverweigerer und die Säuberung der Reichswehr einzuleiten, auf der anderen Seite vermehrte man ganz konfusweise die Linien und spielte damit unbehindert nur das Spiel der Kappisten. An dem einen Tag sah man in Berlin mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand in gemeinsamer Beratung, am zweiten Tag erluchte man die in Berlin weilende Internationale Kommission um Herbeiführung einer neuen Berührung zwischen bevollmächtigten Vertretern beider Parteien, am dritten Tag erklärte man der Internationalen Kommission paßlich, man wolle sich grundsätzlich mit den „Rechtssozialisten“ nicht an den Tisch setzen, und am vierten Tag erklärte man sich bereit, mit diesen „Rechtssozialisten“ sogar eine gemeinsame Regierung zu bilden und noch einige Christliche und Hirsch-Dunderfische dazu zu nehmen. Heißlose Zerfahrenheit an allen Ecken und Enden! Wir Sozialdemokraten können diesem Gährungsprozeß zusehen und abwarten, ob er einen Heilungsprozeß bedeutet. Bedeutet er einen solchen, dann wird sich die weitere Entwicklung in der Richtung zur Einigung bemeisen. Wir müssen aber aufs Strengste darauf achten, daß sie sich auf keinen Fall um den

Preis unserer Grundzüge

vollzieht. Wer die Schilderungen mit angehört hat, die die sozialdemokratischen Deputationen aus dem Ruhrrevier von den dortigen Zuständen unter der Herrschaft der sogenannten „Rätediktatur“ gegeben haben, der muß es als heftigste Pflicht der Partei gegenüber der Arbeiterklasse betrachten, auf dem Wege, der in diesem Abgrund führt, auch nicht den allerkleinsten Schritt zu tun. We, die Preise auf Exempel erlebt hat, der ist nun diesem Wahr für alle Tage seines Lebens geheilt.

Darum nochmals: Einigkeit, ja, mit größter Freude, wenn es sich nur um die Ueberwindung taktischer Meinungsverschiedenheiten handelt. Einigkeit aber auf Kosten unseres

Programms auf keinen Fall! Keine Einigung durch Gesinnungschlamperei, sondern nur Einigung in sozialdemokratischer Grundfaktore!

Danzigs Eisenbahnplage vor der Nationalversammlung.

Der gestrigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung lag folgende deutsch-nationale Anfrage vor:

„Nachdem die Polen seit Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages den Verkehr von Ostpreußen nach dem Reich durch eine Reihe von Maßnahmen unerträglich erschwert haben, beabsichtigen sie jetzt aus Anlaß einer Notenabtempelung den deutschen Durchgangsverkehr mit Ostpreußen fast ganz lahm zu legen und ihn auf die ganz unzulängliche eisenbahnligne über Czerst-Marienwerder zu verweisen. Was hat die Reichsregierung bisher getan und was gedenkt sie zu tun, um die Polen zur Verhinderung der klaren Verkehrsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages zu veranlassen und die Provinz Ostpreußen vor der drohenden Abschneidung vom Reich zu bewahren?“

In seiner Erklärung hierzu nahm der Minister des Reiches, Genosse Dr. Koenig, Gelegenheit, Polens Mißachtung der Pflichten aus dem Versailler „Vertrage“ gründlich zu erörtern und dabei auch Danzigs Nöten mit aller Sympathie zu bedenken. Der Minister führte aus:

Die Sperrmaßnahmen der polnischen Regierung beweisen, wie recht wir hatten, als wir uns mit aller Macht gegen die Einrichtung des Korridors wehrten und dieses Gebilde eine rein künstliche Konstruktion nannten, die den gesunden Volks- und nationalen und wirtschaftlichen Grundzügen für einen Wiederaufbau Europas direkt ins Gesicht schlägt. Wir müssen mit der polnischen Regierung unverzüglich zu dem endgültigen Abkommen gelangen, auf das wir nach Artikel 98 des Friedensvertrages Anspruch haben. Sonst gehen wir völlig hoffnungslos zugrunde. Wer bürt uns dafür, daß die Polen bis zum 27. April mit der Notensperre fertig werden? Vielleicht muß die Frist noch einmal verlängert werden und vielleicht verhängen die Polen nach einigen Monaten eine neue Sperre.

Nach dem jetzt vor Abschluß des endgültigen Abkommens geltenden Artikel 98 sind die Polen verpflichtet, uns Durchgangsfreiheit zu gewähren. Die Gewährung der übrigen Freiheiten soll erst das Abkommen nach Artikel 98 bringen. Es ist nicht unsere Schuld, daß das endgültige Abkommen noch nicht zustande gekommen ist. Sein Abschluß liegt uns sehr am Herzen, aber die Polen haben den Abschluß durch faktische Maßnahmen absichtlich hinausgeschoben. Um möglichst bald zu einem Abkommen zu gelangen, wurden Verhandlungen mit der polnischen Regierung eingeleitet. Von Anfang an zeigte sich, daß die Polen den deutschen Forderungen völlig unerbittlich entgegenkamen.

Schon damals erklärten sie, daß für den Durchgangsverkehr nicht die leistungsfähige Bahnstrecke Königs-Dirschau, sondern die unzureichende eingleisige Strecke Czerst-Marienwerder in Frage kommen könne. Immerhin konnte mit gewissen befriedigenden Teilergebnissen gerechnet werden, als der Putsch vom 13. März dazwischen kam. Polen ließ die Verhandlungen mit der Begründung ab, daß die polnische Regierung die Forderungen nicht mehr ausreichen. (Hört, hört!) Wir haben zu neuen Verhandlungen zu kommen, müssen wir das. Deshalb beschloß die Regierung, die Verhandlungen über die Frage vom Gegenstand von Verhandlungen in Paris zu machen, die am 12. April ausichtslos begannen, da auch der Oberste Rat der Alliierten selber diese Verhandlungen gewünscht hat. Heute haben wir die Nachricht erhalten, daß mit den polnischen Vertretern ein vorläufiges Einverständnis erzielt ist und daß der Abschluß des endgültigen Abkommens in Aussicht steht. (Hört, hört!) Dazu mag mit beigetragen haben die Tatsache, daß der erste Vorsitzende der internationalen Kommission in Marienwerder gleichfalls gegen die Sperrmaßnahme Einspruch erhoben hat.

Die Reichsregierung ist durch die Sperrmaßnahme völlig überrascht worden. Durch zeitweilige vertrauliche Besprechungen hätte erreicht werden können, den Eisenbahnverkehr aufrecht zu erhalten, ohne das Geheimnis der Notenabtempelung zu brechen. Aber die Polen haben keine Fühlungnahme verschaut. Während der Sperre vom 16. bis 27. April steht wiederum nur die Linie Czerst-Marienwerder zur Verfügung, aber nur am Tage und nicht für Durchgangsverkehr. (Hört, hört!) Eine derartige plötzliche Sperre des gesamten Verkehrs nach Ostpreußen ohne vorherige Ankündigung ist mit dem Sinn des Artikels 98 nicht vereinbar. Die Reichsregierung hat daher bei der polnischen Gesandtschaft in Berlin sofort Einspruch erhoben, insbesondere wegen der Behinderung der deutschen Beamten, das Land während der Sperre verlassen zu können.

Wir haben die polnische Regierung weiter gebeten, doch wenigstens den 500 polnischen Wesselschlechtern die Ausreiseverlaubnis nach Breslau zu geben. Weiter haben wir wegen dieses Verstoß der Polen beim Obersten Rat in Paris Protest eingelegt.

Heute begibt sich eine Abordnung des Auswärtigen Amtes, des Reichsjustizministeriums und des preussischen Ministeriums des Innern nach Polen, um über die Frage der Abreisemöglichkeiten der durch die Sperre in Polen zurückgehaltenen deutschen Beamten zu verhandeln. Es besteht die Aussicht, daß die Bahnschwierigkeiten für die Durchreise nach Ostpreußen gemildert werden. Das polnische Generalkonsulat in Berlin soll in Zukunft Visa für drei Monate ausstellen, die für die Hin- und Rückreise zwischen Berlin und Ostpreußen gelten.

Man hat Zwangsmaßnahmen gegen die Polen vorgeschlagen. Sie können nur auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Was hier in unserer Macht steht, haben wir aber schon einsehen müssen, weil die Polen ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen so gut wie gar nicht nachgekommen sind. (Hört, hört!) Polen ist mit den Kartoffellieferungen gewaltig im Rückstande, Milch hat es überhaupt noch nicht geliefert, ebensowenig Getreide und Melassefutter. An Mineralöl hat Polen kaum den siebenten Teil geliefert. (Hört, hört!) Selbstverständlich haben wir nun auch die deutschen Lieferungen unterbrochen. Zwangsmaßnahmen stehen uns also nicht mehr zur Verfügung. Wir können nur durch den Ausbau der Verbindung über See mit Ostpreußen die Abschneidung ausgleichen und geben den Polen im übrigen zu bedenken, daß Polen und Deutschland aufeinander angewiesen sind, ja, daß Polen Deutschland vielleicht viel nötiger hat, als Deutschland Polen. (Sehr richtig!) Niemand weiß, wie sich die politische Zukunft im Osten gestalten wird. Auch das möge die Polen bedenken. Zahllose Deutsche wohnen im nennmehrierten Polen, und auch aus diesem Grunde hat Polen ein Interesse daran, sich mit Deutschland gut zu stellen. Die Reichsregierung wird alles tun, um die Verbindung mit Ostpreußen technisch und wirtschaftlich auszugestalten, und wird Ostpreußen das Maß von Selbstständigkeit geben, auf das es Anspruch hat, und wird schließlich nichts unterlassen, um auch geistig und moralisch mit den abgeschnittenen Landesleuten in Ostpreußen eine möglichst enge Verbindung herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte wurde allseitig ein entschiedeneres Auftreten gegen Polen gefordert. Der deutsch-nationale Abgeordnete Schulz-Bromberg wollte von der Regierung wissen, ob etwa gewisse Zusatzprotokolle zum Versailler Vertrage den Polen wenigstens einen Schwin von Recht zu ihrem Vorhaben gäben. In einer Erwiderung sandte Genosse Dr. Koenig einen warmklingenden

Gruß Deutschlands an Danzig!

Der Minister erklärte: Zusatzprotokolle vom 9. Januar gibt es zwei. Das erste betrifft lediglich die Eisenbahn und die Post, das zweite betrifft die Vereinbarungen über die Pensionierung der Beamten. Diese Zusatzprotokolle geben der polnischen Regierung nicht die geringste Handhabe zu über den Friedensvertrag hinausgehenden Forderungen.

Wir werden niemals aufhören, Danzig und die Danziger in höherem Sinne als einen Teil unseres Volkes und als Glieder unseres Staates zu betrachten. (Beifall.) Wir werden Danzig wirtschaftlich nach Kräften fördern, aber wir werden auch darüber wachen müssen, daß nicht unter dem Deckmantel nationaler Sentiments wirtschaftliche Aktionen vorgenommen werden, die man nur als Schiebung bezeichnen kann.

Diesen Gruß aus dem deutschen Vaterlande erwidern wir aus vollem Herzen! Deutschland gedenkt Danzigs und bleibt seine einzige Hilfe. Daran haben wir niemals auch nur einen Augenblick gezweifelt.

Wenn es zu neuen ausichtsreichen Verhandlungen mit Polen wegen des Eisenbahnverkehrs kommen sollte, so dürfte das auch auf die Samwirkung unseres Oberkommissars, Sir Reginald Lowe, zurückzuführen sein. Seitdem er in den wirklichen Stand der Dinge und seinem tatsächlichen Befehl ist die gestern von uns berichtete Befassung der Eisenbahn und Post des Freistaats in dessen Besitz gelangt. Das ist eine Tat, die die Danziger ihm hoch anrechnen. Wir hoffen, daß es seiner Einwirkung auch glücken wird, den polnischen Uebergriff der Eisenbahnsperre recht bald zu beheben.

Deutschlands Forderungen an die Entente-Konferenz.

Der „Berl. Lokalanz.“ erhält über Bern die Meldung aus San Remo, daß die deutsche Regierung der Friedenskonferenz drei Noten überreicht habe, und zwar ihre Antwort wegen der Einwohnerwehren, ferner die Bitte, für im neutralen Gebiet zugelassene Truppen nach der Kopfzahl und nicht nach der Zahl der tatsächlichen Körper zu bestimmen und mehr Artillerie zuzulassen, endlich den Antrag, die Reichswehr auf 200 000 Mann bringen zu dürfen, da sonst die Ordnung nicht aufrechtzuerhalten sei.

Deutschland.

Ruhr-Unabhängige und Reichswehr.

Zu Nr. 107 der unabhängigen Westfäl. „Freiheit“ haben wir folgende Mitteilung abgedruckt.

Die Westfäl. „Freiheit“ hat eine Mitteilung veröffentlicht, die die Ruhr-Unabhängigen in die Ruhrgebietsverwaltung einleitet. In dieser Mitteilung heißt es: „Wir fordern die Ruhrgebietsverwaltung auf, die Ruhrgebietsverwaltung zu übernehmen.“

Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen.

Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen.

Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen.

Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen.

Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen.

Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen. Die Ruhrgebietsverwaltung hat die Ruhrgebietsverwaltung übernommen.

noch betroffenen Arbeiter verloren und ist von diesen bedroht worden. Darum habe der Zentralrat Essen verlassen. Die Bedrohung durch schon am 3. April erfolgt sein, da Herr Dr. Stern sich am Sonntag vormittags bereits in Elberfeld befand. Erst drei Tage später kam die Ruhr-Wehr nach Essen. Mühsam steht fest, daß Herr Stern keine zweite Person vor der Gewalt der von ihm auch nach dem Vorkriegselberfelder Abkommen zum Weiterarbeiten angeworbenen Arbeiterkorporation in Sicherheit gebracht hat. So hat er jetzt nicht durch Worte, aber durch seine Taten aus Essen bestätigt, daß dort die Sicherheitsverhältnisse lebensgefährlich geworden waren. Gerade Herr Dr. Stern hätte in dieser hochkritischen Zeit in Essen bleiben müssen, wenn sein Mannesmut so groß war, wie sein Mäandert. ...

Hochachtung und man auch des unabhängigen Danziger „Freiheit“ nicht können ...

Eine Demonstration der Kriegsblinden.

Die Berliner Kriegsblinden vereinigen sich gestern im Hofe des Arbeitsministeriums, um gegen das Militärverwaltungsamt Stellung zu nehmen. Sie behaupten in der Versammlung, in der neuen Vorlage nicht genügend berücksichtigt worden zu sein und vornehmlich bei der der Kriegsblinden schlecht abgestimmten zu haben. Hierauf haben sich am Tag von ungefähr 100 Kriegsblinden mit ihren Frauen, Angehörigen und Pflegerinnen, der am Freitag tag. Hier entstand eine Abordnung zur Reichstagsparlament, die die Beschwerden der Kriegsblinden vorbrachte. Es wurde ihnen wohlwollende Ermahnung ausgesprochen. Darauf verzeigte sich der Aus der einen mit bedauerndem Ausdruck in seiner Ordnung.

Käuflichkeit des jüdischen Ministerpräsidenten.

Der jüdische Ministerpräsident Dr. Brüning wird wegen Verräterschaft, da er sich gesundheitlich schwach fühlt ...

Ausland.

Staatskanzler Renner über Oesterreichs Außenpolitik.

In Fortsetzung der Budgetrede sagte Staatskanzler Dr. Renner: Da uns verlagert wurde, in welchem Mutterland aufzugeben, bleibt uns nur der Ausweg, an den Völkerbund zu appellieren. Die Nationalversammlung wird, sobald der Frieden zustande ist, den Eintritt in den Völkerbund beschließen. Zurzeit steht uns nichts frei als die tatsächliche Anteilnahme an den Geschäften des deutschen Reiches. Unsere auswärtige Politik kann keine andere sein als die Revision des Friedensvertrages. Den Frieden wollen wir mit bestem Willen im Rahmen unserer Kräfte durchführen, um unsere ehemaligen Feinde zu überzeugen, daß das österreichische Volk in seinem inneren Herzen friedliebend ist. In diesem Geiste ist die Abordnung unserer Regierung wiederholt nach Paris gegangen. Der Staatskanzler erwähnte die Absicht der italienischen Regierung, den Deutschen Südtirols weitgehende nationale Selbstregierung zu gewähren. Er dankte der italienischen Regierung für ihre Bereitwilligkeit, auf der Konferenz von San Remo als Anwalt der politischen und wirtschaftlichen Not Oesterreichs aufzutreten und sprach schließlich Amerika sowie allen beteiligten Mächten den ...

Dank aus für die Beihilfe und den internationalen Wohlstand sowie für die Liebeswerke und erklarte, wenn diese Vorkommnisse blieben, werde die Nationalversammlung ihre Hauptaufgabe, die Aufrichtung der Republik als freien Bundesstaat, lösen können.

Danziger Volkstags-Wahlkampf

16. Mai 1920.

Wahlfreiheit den Wählerinnen!

... wir sind nicht nur die Wählerinnen und Wähler, sondern auch die Wählerinnen und Wähler. ...

... die Wählerinnen und Wähler. ...

... die Wählerinnen und Wähler. ...

Zwischen Himmel und Erde.

Man hat die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

... die Erde ...

Danziger Nachrichten.

Milderung der Eisenbahnsperr?

Oberkommissar Lomer gibt bekannt: Auf Grund der mit der polnischen Regierung gepflogenen Verhandlungen hat sich die polnische Regierung bereit erklärt, daß sämtliche Eisenbahnwaggons mit Lebensmitteln (Kartoffeln, Weizen, Mehl usw.), Saatgut und sonstigen Waren, die für die Landwirtschaft im Freistaatsgebiet gebraucht werden (z. B. künstlicher Dünger) trotz der Verkehrssperre im polnischen Gebiet abgerollt und nach Danzig umgehend weitergeleitet werden, auch wenn im polnischen Gebiet einreisende Eisenbahnwaggons sowie im polnischen Gebiet neu beladene Eisenbahnwaggons mit den genannten Gütern umgehend in das Freistaatsgebiet weitergeleitet werden.

Diese Weiterbeförderung bezieht sich auf alle Güter, die aus dem polnischen Gebiet kommen, wie auch auf Güter, die aus dem Deutschen Reich oder aus den Abstammungsgebieten kommen und an eine Station im Gebiet der Freien Stadt Danzig laufen sollen.

Gestern fanden Verhandlungen zwischen Herrn Oberst Stenard und dem stellv. Vorsitzenden des Wirtschaftsamts, Herrn Magistrats-Ratgeber Wislowski über die Zulassung von Lebensmitteln nach Danzig statt. Oberst Stenard bearbeitet seitens der allierten Kommission die Eisenbahnfragen für das Freistaatsgebiet. Auf Grund dieser Verhandlungen wurden darauf die oben bekanntgegebenen Vereinbarungen zwischen dem Oberkommissar und den Vertretern der polnischen Regierung getroffen. Es ist anzunehmen, daß dadurch in Kürze die Lebensmittelversorgung, die im Norden geriet war, sofort wieder ausgenommen wird. Wie allerdings die polnische Regierung mittelst Bestände im Polen ein großer Waggonmangel, dessen Beseitigung aber hoffentlich auch in Kürze durch Eingreifen der Freistaatsbehörden behoben sein wird.

Es ist erforderlich, daß möglichst umgehend die getroffenen Vereinbarungen sowohl in den polnischen Gebieten wie im Abstammungsgebiet und in Deutschland bekannt werden, damit die Verladungen wieder vor sich gehen. Wegen der unsicheren Verhältnisse sind naturgemäß inzwischen die Verladungen auf den einzelnen Stationen eingestellt worden.

Die Erweiterung des Danziger Staatsrates

Am Montag vom Oberkommissar E. Lomer bestätigt worden. Als neu hinzugezogene Mitglieder der polnischen Parteien bzw. deren Stellvertreter sind ernannt worden: Oberregierungsrat a. D. Karl Rette-Zappot (Stellv. Vorsitzender Witte-Kawitter) von den Deutschnationalen; Amtsrichter Dr. König (Stellv. Vorsitz Dr. Damm) von den Deutschdemokraten; Stefan Sawatzki (Stellv. Gewerkschaftsführer Gostkowski) von der Christlichen Volkspartei; der frühere Reichskommissar Julius Wehl (Stellv. Gewerkschaftsführer Wehl) von der Sozialdemokratie; Kaufmann Raube (Stellv. Kaufmann Kahn) von den Unabhängigen; Arzt Dr. Kubacz (Stellv. Rechtsanwalt Langowski) von den Polen. Die erste Sitzung des erweiterten Staatsrates soll heute abgehalten werden.

Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang

Die Sozialdemokratische Partei hat folgende Eingabe an den Danziger Staatsrat gerichtet:

Nachrichten der Tageszeitungen zufolge soll die polnische Regierung die Ausreisegenehmigung für 5000 Arbeiter nach dem Freistaat Danzig erteilt haben. Die Einzelne dieser Arbeiter liegt infolge der im Freistaat vorhandenen großen Arbeitslosigkeit nicht in seinem Interesse. In der Landwirtschaft, in der diese Arbeiter Verwendung finden sollen, ist selbst noch eine große Zahl einheimischer Arbeitskräfte arbeitslos. Würde den ausländischen Arbeitern die Einreiseerlaubnis erteilt, so würden die einheimischen Arbeitskräfte weiterhin arbeitslos bleiben und müßten aus Mitteln der Allgemeinheit unterstützt werden. Außerdem liegen bereits Mitteilungen vor, daß die Absicht besteht einheimische Arbeiter zu entlassen und dafür polnische Arbeiter einzustellen, wodurch die schon vorhandene starke Arbeitslosigkeit noch vergrößert wird.

Aus diesen Gründen ersuchen wir den Staatsrat die Einreiseerlaubnis den ausländischen Arbeitern in das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu versagen und anzurufen, daß, solange einheimische Arbeitskräfte vorhanden sind, fremde Arbeitskräfte nicht eingestellt und beschäftigt werden dürfen.

Weiter ist die Öffentlichkeit auch bis heute noch immer nicht davon unterrichtet worden, wer die Einfuhr jener 5000 polnischen Arbeiter gefordert hat und welchen Zweck sie dienen sollen? Hoffentlich erteilt der Staatsrat hierauf bei Erörterung des sehr notwendigen sozialdemokratischen Schlußantrages die erforderliche Auskunft.

Erhöhung der Straßenbahnpreise

Die Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft hat es äußerlich eilig gehabt, die am 20. April von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Verdoppelung der Fahrpreise über ihre Fahrgäste zu verhängen. Die erhöhten Fahrpreise für die Einzelsfahrkarte sind bereits von heute in Kraft getreten. Die Preise der Zeitkarten werden erst vom 1. Mai ab erhöht. Auf den Straßen Chra-Stadtmarkt, Genuß-Silberstraße, Ostsee-Allee-Danzig und auf den Stationen gelangen Doppelfahrscheine zum Preise von 60 Pf. zur Ausgabe, die nur am Tage der Abgabe Gültigkeit haben.

Die Ausbeutung der Danziger Glasarbeiter.

Zu den am meisten Ausgebeuteten gehören die Glasarbeiter. Bei überaus niedrigen Löhnen müssen sie in furchtbarer Gluthitze ihre schwere und lebensgefährliche Arbeit verrichten. Dazu leisten sie noch besonders unter dem Scharfschützensystem ihrer Unternehmer, die in früheren Jahren jede Organisation ihrer Arbeiter mit brutaler Gewalt zu verhindern suchten. Nach der Revolution hat die gewerkschaftliche Organisation der Glasarbeiter aber eine solche Stärke erlangt, daß die Unternehmer sich zu tariflichen Abmachungen bequemen mußten. Wie die anderen Danziger Unternehmer, versucht nun auch die Direktion der Glashütte in Eschewahl die Unternehmung Danzig vom Deutschen Reich zu loszureißen und die Arbeiter durch zentrale Vereinbarungen um 100 Prozent erhöhen zu lassen. Diese Erhöhung fordert nun auch die Arbeiter des Eschewahl-Glaserwerks. Sie wählen das um so mehr, als die Lebenshaltung im Eschewahl noch bedeutend teurer ist als im Deutschen Reich. Der Direktor lehnte jedoch die Erhöhung der Löhne ab, da die Verträge Vereinbarungen für Danzig nicht maßgebend seien. Auch verweigerte sie die Zahlung einer in Berlin vereinbarten Teuerungszulage, da sie ihnen Arbeitern schon dadurch gehalten habe, indem sie Lohnsteuern und andere Lebensmittel für dieselben bestellte. Diese Lebensmittel haben die Arbeiter jedoch bezahlen müssen. Als sie deshalb

darauf bestanden, daß ihnen auch hier die Zulagen wie im Deutschen Reich bezahlt werden sollen, kündigte die Direktion allen Arbeitern und Unternehmer am 1. Mai.

Auch in diesem Fall zeigten die Kapitalisten sich als die schändlichen Feinde der arbeitenden Masse. Sie ließen die von der Arbeiterpartei durchgeführte Forderung vom Deutschen Kaiserlande nur eine willkommene Möglichkeit, sich noch kränkelnder zu bereichern. Die Arbeiter aber sollten ertragen, daß man dem Kapitalismus nicht nur mit gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen kann, sondern daß es auch gilt, ihn politisch unschädlich zu machen. Dazu können auch die Glasarbeiter beitragen, indem sie am 16. Mai mit ganzer Kraft für den Sieg der sozialdemokratischen Liste tätig arbeiten.

Ermittlung der Schreibraschinen Diebe

Wie eine öffentliche Bekanntmachung des Magistrats mitteilt, wurde in der Nacht zum 20. April im Bureaugebäude der städtischen Gaskanal am Zähringer Weg ein schwerer Einbruch verübt. Den Diebstahl hatten acht Schreibraschinen, darunter 6 verbundene, in die Hände. Schon jetzt ist der Kriminalpolizeikommissar, die gestohlenen, wertvollen Maschinen zu ermitteln, sie der städtischen Behörde wieder zurückerlangen und die Diebe festzunehmen. Die erste wichtige Beobachtung, die zur Aufklärung des Verbrechens und Wiedererlangung der Maschinen führte, machten die Danziger Hilfskriminalbeamten Postandt und Abraham. Sie haben heute mit verdächtigen Akten in das Rentische Lokal in der Reitergasse gehen. Dort wurden 6 der gestohlenen Schreibraschinen ermittelt und auch drei Verbrecher festgenommen. Von weiteren Nachforschungen des Kriminal-Überwachungsmeisters Tuschinski und des Kriminalassistenten Thurnau gelang es, die noch fehlenden Maschinen in einem Keller auf Langgarten zu entdecken. Insgesamt sind in der Angelegenheit acht Personen verhaftet worden, darunter auch der verdächtige Ginkler Joseph Arzmetter. Die auf die Wiederbeschaffung der Maschinen und die Ergreifung der Täter ausgelegte Belohnung von 10 000 Mark dürfte unter die vier Kriminalbeamten verteilt werden.

Ein Opfer der Arbeit.

Einem bedauerlichen Unfall erlitt Dienstag nachmittag der Arbeiterburde Georg Schiedmann, Feldstraße 11. Beim Bedienen der Hobelmaschine auf seiner Arbeitsstelle, Alsterweg 3, geriet er mit der rechten Hand in die Messer der Maschine, wobei ihm die Hand vollständig abgeschnitten wurde. Der Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Zur Mordtat in der Schwalbengasse

Wie schon berichtet wurde, soll die Bedwige Budrowitz bereits früher wiederholt Personen zur ungesunden Umwandlung von Geschäften in ihre Wohnung nach der Schwalbengasse bestellt haben, wobei vermutlich ein ähnliches Verbrechen wie der Mord gegen Kobiella und seine Frau, von ihr geplant worden ist. Zur Aufklärung des ganzen Falles würde es dienen, wenn sich hier in Frage kommende Personen beim Untersuchungsrichter im Gerichtsgebäude Reugarten melden würden.

Von einem Automobil getötet.

Ueber einen tragischen Unfall, dem ein junges blühendes Menschenleben borgeht nachmittag zum Opfer fiel, wird gemeldet: Von einem Automobil überfahren wurde Dienstag nachmittag die 17 Jahre alte Friede Ruck, Reichsweg 8, an der Haltestelle der Elektrischen an der Feldstraße. Angeblich soll das junge Mädchen mit noch anderen von einem jungen Menschen bestraft worden und auf der Flucht vor diesem quer über die Straße gelaufen sein, wobei sie von einem vorbeifahrenden Auto überfahren und überfahren wurde. Die Unglückliche wurde sofort ins städtische Krankenhaus gebracht, wo jedoch nur noch der furchtbaren eingetretene Tod festgestellt wurde. Der Autofahrer fuhr davon, ohne sich um sein Opfer zu kümmern. Leider war es bis jetzt nicht möglich, den Kraftwagen und seinen Fahrer festzustellen.

Preisprüfungsstelle für den Freistaat. Für den Freistaat Danzig ist eine Preisprüfungsstelle eingerichtet worden, die auch die Überwachungsabteilung angegliedert worden ist. Die Beamten dieser Abteilung gelten als Beauftragte der Preisprüfungsstelle mit den entsprechenden Rechten. Angegliedert ist ferner die Arbeitsmittellstelle, die über die Zulassung von Arbeitsmitteln zu befinden hat. Die Preisprüfungsstelle der Stadt Danzig bleibt weiterbestehen, doch tritt eine Vereinigung durch die Personen ein.

Polizeiangelegenheiten. Die nächste Vollversammlung findet am Sonntag, den 26. April d. J., nur für die Bewohner der inneren Stadt statt. Der Magistrat weist in seiner Bekanntmachung besonders darauf hin, daß nur über 18 Jahre alte Personen zur Vorankündigung zugelassen werden, und daß diese pünktlich kommen. Zutritt erlassen werden erst in der nächsten Pause in den Zuschauerraum gelassen. Um den Besuchern einen ungetrübten Genuß zu verschaffen, müssen Störungen jeder Art vermieden werden.

Unbekannte Dautschkeiten. Neben der Flugstation in Langfuhr am Bahnhof Langfuhr stehen etwa acht Gebäude im unterirdischen Zustande und unbenutzt. Sie gehören einer privaten Baufirma, die den Auftrag erhielt, diese Bauten herzustellen, um sie dann als Mannschützräume für die Flugstation zu benutzen. Kennerlich sind die Häuser fertig und machen einen ganz guten Eindruck. Sie sind im Fachwerkbau hergestellt, ein halbes Stübchen hoch mit einer Luftschicht und dann ist mit einem Gipsputz eine abschließende Innenwand errichtet, so daß die Mauer gegen Witterung einen ausreichenden Schutz gewährt. Aus diesen Bauten stehen sich gute Wohnräume herzustellen und der geräumige Innenhof, der wohl als kleiner Sportplatz gedacht war, könnte von den Besuchern als Gartenland benutzt werden. Ein Teil ist bereits für diesen Zweck in Anspruch genommen. Eine Wohnung für einen Arbeiter ist schon fertig und es ist dadurch der Beweis geliefert, daß die ganzen Bauten in Wirklichkeit ungenutzt werden könnten. Eine Privatfirma kann den Bau der Bauten wegen nicht durchzuführen, aber die Allgemeinheit sollte hier eingreifen. Die Kosten der Fertigstellung wären verhältnismäßig gering sein.

Verhaftung eines jungen Mädchens. Verschwunden ist seit dem 19. April die 15-jährige Brita Sog. Alsterweg 9, bei den Eltern wohnhaft. Inzwischen ist sie mit einem russischen Oberleutnant Alexander Popow, mit dem sie in Berlin heimlich verlobt ist, in einem Brief an den Vater der Sohn gemeldet hat, daß er, falls derselbe seine Einwilligung zu einem Heirat und späterer Heirat nicht geben würde, er sich mit dem Mädchen das Leben nehmen würde, will aufgegeben werden. Die Frau mit dem Lampen Schein nach Amerika zu entführen. Popow hat hier unter dem Vorwand irgendeiner Dienstleistung bestehende Leute um beträchtliche Summen geküßelt. Inzwischen ist bekannt, daß die Kriminalpolizei

Abteilung der Stadt und Alsterweg. Die Hütte, West- und

Wache zur Kontrolle gelassenden Preis- und Maßarten von der Polizeidirektion, 2. Herbst 20 abzugeben zu lassen, und zwar, die Hütte Preis- und Maßarten, deren Firmen mit dem Buchstaben R bis S beginnen, am Freitag, den 26. April, deren Firmen mit den Buchstaben T bis Z beginnen, am Sonnabend, den 24. April 1920, in der Zeit von 7 bis 9 Uhr.

Oertliche Parteinachrichten.

Freitag, den 23. d. Mtz., findet in der CStBahn, abends 7 Uhr, unsere Vertrauensmännerwahl statt. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend ersucht. Der Vorstand.

Polizeibericht vom 22. April 1920. Verhaftet: 18 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Aussperrung und 2 in Vollziehung. — Schuppen: 1 Portemonnaie mit 200 Mark, 1 Portemonnaie mit 1 Schein auf den Namen 'Krona' lautend; 1 Portemonnaie mit deutschem und polnischem Geld und Eisenbahnfahrkarte nach Lybka, abgehoben von dem Hundsbura des Polizeipräsidenten; 1 schwarzes Portemonnaie mit Geld und Eisenbahnfahrkarte, abgehoben von Herrn Friedrich Kraus, Schwarzer Weg 2; 1 neuer Perlenkettel, abgehoben von Herrn August Wenzel, Kantstraße 1, 2 Z.

Wasserstandsberichte am 22. April 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	+1,57	+1,52	Dielitz	+1,54 + 1,50
Jordan	+1,56	+1,51	Dirschau	+1,90 + 1,88
Culm	+1,48	+1,44	Einlage	+2,22 + 2,32
Grauberg	+1,53	+1,60	Schiemenhorst	+2,46 + 2,46
Kurschach	+2,03	+1,99	Wolfsdorf	+0,10 -
Montawerthe	+1,56	+1,53	Krawatz	+1,07 -

Danziger Stadttheater.

„Die Fugativen.“

Man sollte die protestantische Lieblingsoper des letzten Hohenzollernregenten nur noch in jenem Gewande geben, in dem diese „Opera para“ durchaus zu einem kulturhistorischen Erlebnis wurde. Dennoch. Bei allem Traurigkeitsgefühl. Was das nicht möglich ist, soll man der „großen Oper“ den Platz lassen, der ihr allein noch gebührt: der Schule! Sänger, Musiker, Dramatiker können eminent viel lernen. Aber die Zeitgenossen mögen von den Musikdramen des Jakob Liebmann Verzeihung verzeihen. Nicht zuletzt um der Libretto willen, die meist das sind, was man im Volkstum einen „starken Tobak“ nennt.

Die Aufführung leitete Dr. Heß mit hohem Sachverstand und der ruhigen Sicherheit, die bei seiner Staatsführung stets so sympathisch berührt, konnte aber doch nicht verhindern, daß im Orchester manchmal arg darauf los musiziert wurde. Wenn die Aufführung trotz aller unerkennbaren Flecken, der drauf verknallt werden war, doch ein Minus blieb, so lag dies an den Soffisten, von denen kein einziger Akzentbeobachter ist. Freigabe eines kraftvoller Tenor besitzt viel zu wenig Kraft für die Partie des Raoul und gleichbedeutend bedrückende Höhe des Tenors gelang ihm nur selten. Paula v. Kronau zeigt mit der Königin, daß sie fleißig an ihrer Rolle gearbeitet hat, und auch manche Akzenturen gelangen schon; aber auch die alten, hier bereits erwähnten Mängel ihrer Stimme treten wieder deutlich hervor, insbesondere gefangenscheinliche Sauerheit. Obwohl bei weitem noch nicht einwandfrei, war der Marsch des Dr. Schrader recht sympathisch. Auch fehlt seinem Paß die tragende Tiefe fast völlig, auch an der Textbehandlung und intonation war mancherlei, was der Verbesserung bedürftig. Doch er wird in seinem Paß bei und ja überreich Gelegenheit zum Wachstum haben. Hierin ist Edwin Wilsch als außerordentlich vorgeführt, und es war wieder eine Freude zu sehen, wie sicher und elegant er den Grafen Neber verkörperte und meist auch hübsch und durchaus edel sang. Hoffentlich bleibt er unterer Bühne erhalten, denn er verdient ein Gewinn zu werden. Olga Wilsch vertrat ihre Partie wieder mit der Sicherheit einer erfahrenen Bühnensängerin und war z. B. in dem großen Duett mit ihrem kühlen, französischen Organ entzückend überlegen. Auch die Wilsch'sche Paß war eine durchaus gute Leistung. Die Advantien kam sehr geschmackvoll und auch ihre Personifikation im Hierauf trat gestern in recht erfreulicher Weise in Erscheinung. M. D.

Telegramme.

Italien gegen die Entwürfe.

Berlin, 22. April. Nach einer Meldung des „Berl. Sozialanweigers“ aus Frankfurt a. M. berichtet der „Matin“ aus San Remo: Die Stimmung des italienischen Volkes ist heute ausgesprochen gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich.

Polnische Missionen in Oberschlesien.

Aus Opatowitz meldet der „Berl. Boten“, daß in einer Konferenz polnischer Vertrauensleute in Krakau festgestellt ist, kurzzeit könne damit gerechnet werden, daß 845 Abstammungsbezirke eine Mehrheit für den Anschluß an Polen besitzen, daß aber in 1294 Abstammungsbezirken eine höhere Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland vorhanden sei.

Zum unabhängigen Staat in Hamburg.

Hamburg, 21. April. Die 11 gemäßigten Mitglieder der unabhängigen sozialistischen Fraktion der Bürgerschaft haben dem Vorstand der Bürgerschaft ihren Austritt angezeigt.

Spartakistische Erwerbslosen-Demonstration in Hamburg.

Hamburg, 21. April. Eine zum Nachmittage nach dem Heiligengefildende einberufene Versammlung Erwerbsloser von der Erwerbslosenpartei verhandelt werden. Versuche einer Truppe, sich dem Kathaken zu nähern, wurden durch Abspernung vereitelt, ebenso der Versuch, den Weg zu schließen. Einige Arbeitsführer wurden festgenommen.

Verbot der Königsberger „Oprechtliche Zeitung“.

Königsberg, 22. April. Die „Oprechtliche Zeitung“ ist durch den Reichs- und Staatskommissar Borowski bis zum 5. Mai abends neuerdings verboten worden, und zwar wegen des Artikels „Hochverehrter Herr Müller“ von Dr. Heinrich Illgenstein, der dem ersten Antritt der Regierung angenommen worden war. — In der Stadtverordnetenversammlung haben Deutsche Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei ein Mißtrauensvotum gegen den Stadtverordnetenvorsteher Werten beantragt und ihn aufgefordert, sein Amt niederzulegen.

Geheimrat Adolf Datzel.

Beantwortung für den politischen Teil Adolf Datzel für den

